



26. Heft | 30. Dezember 1909

BRUNO BORCHARDT · ZUM PREUSSISCHEN PARTEITAG 1910

AM 3. Januar wird der preussische Parteitag in Berlin zusammentreten. Als erster Gegenstand steht auf seiner Tagesordnung der Bericht des geschäftsführenden Ausschusses der preussischen Landeskommission. Nach dem Statut der Landesorganisation für Preussen, das auf dem letzten preussischen Parteitag /1907/ beschlossen ist, steht zur Erledigung der Parteigeschäfte im Einverständnis mit dem deutschen Parteivorstand eine Landeskommission mit einem geschäftsführenden Ausschuss an der Spitze der Organisation. Über die Zusammensetzung der Landeskommission ist bestimmt, dass ihre einzelnen Mitglieder nicht von dem Parteitag gewählt werden, sondern sie besteht aus je 1 Mitglied jedes Bezirksverbands in Preussen, das von diesem Bezirksverband selbst bestimmt wird; als geschäftsführender Ausschuss hat der Vorsitzende, der Schriftführer und der Kassierer der Parteiorganisation Gross Berlins zu fungieren. Diese Bestimmungen haben auf dem letzten Preussentag lebhafteste Diskussionen hervorgerufen. Mit besonderer Energie trat Genosse Dr. Arons dafür ein, dass an die Spitze der preussischen Landesorganisation ein besonderer, von dem Parteitag zu wählender und ihm verantwortlicher Parteivorstand mit einem bestimmt umgrenzten Arbeitsgebiet trete. Als wesentliche Aufgaben des Parteivorstands wurden das Studium der preussischen Verfassung und Verwaltung mit ihren so vielfach wieder unter sich verschiedenen Bestimmungen, das Verfolgen der Entwicklung auf diesem Gebiet und das dadurch bedingte Studium der von den verschiedenen Ministern herausgegebenen Verwaltungsblätter, das Verfolgen der praktischen Tätigkeit in den Gemeinden, in den Kreistagen, in den Provinziallandtagen mit ihren nach den Provinzen verschiedenen Einrichtungen bezeichnet. Weiter sollte der Vorstand Material für die Presse liefern und auf Anfragen aus Parteikreisen Auskunft erteilen sowie, was ja schon für die Auskunfterteilung unbedingt notwendig ist, eine eigene Handbibliothek nebst Archiv anlegen. Von anderer Seite wurde indes befürchtet, dass die Schaffung eines solchen Parteivorstands zu sehr unangenehmen Konflikten mit dem deutschen Parteivorstand führen müsste, und dass weiterhin der deutsche Parteivorstand in seinem Arbeitsgebiet ausserordentlich beschränkt und in seiner Be-

deutung sehr wesentlich herabgedrückt werden müsste. Diese beiden Argumente gaben den Ausschlag zu ungunsten eines preussischen Parteivorstands und zu gunsten der oben geschilderten Landeskommission. Dass sie nicht arbeitsfähig wäre, befürchtete man nicht, vielmehr erwartete man von ihr im Verein mit dem Parteivorstand eine »entschiedene und entschlusskräftige Führung der Geschäfte«. Der jetzt vorliegende Bericht muss Kunde davon geben, inwieweit diese Erwartung erfüllt ist.

Auffallen muss an dem Bericht zunächst, dass die Landeskommission ihn nicht in satzungsgemässer Weise den Parteigenossen zur Diskussion übergeben hat. Nach § 7 des Organisationsstatuts für Preussen soll dieser Bericht spätestens 6 Wochen vor Einberufung des Parteitags den einzelnen Wahlkreisvereinen und Bezirkskomitees übermittelt werden. Nach dem selben Paragraphen sind Anträge zum Parteitag spätestens 3 Wochen vor seiner Tagung bei der Landeskommission einzureichen. Der Zusammenhang beider Bestimmungen ist wohl klar. Die Parteigenossen sollen Zeit haben den Bericht der Landeskommission zu studieren und zu diskutieren, so dass die im Anschluss daran sich ergebenden Anregungen zu Anträgen verdichtet und formuliert werden können. Die zweite Bestimmung hat der geschäftsführende Ausschuss der Landeskommission beachtet, indem er bekannt gemacht hat, dass Anträge zum Parteitag bis zum 6. Dezember, also sogar 4 Wochen vor der Tagung, bei ihm eingereicht sein müssen. Eine Diskussion über seinen Bericht aber bis zu diesem Zeitpunkt hat er vereitelt, indem der Bericht erst Anfang Dezember dem *Vorwärts* beigelegt hat. Um so mehr wäre Veranlassung gewesen die Zeit für das Einreichen der Anträge etwas länger hinauszuschieben. Der Bericht wird auch nicht als solcher der Landeskommission bezeichnet sondern als Bericht des geschäftsführenden Ausschusses. Er hat also dem Plenum der Landeskommission wohl gar nicht vorgelegen.

Nun denke ich nicht daran zu behaupten, dass bei der Erledigung der Geschäfte einer politischen Partei unter allen Umständen die vorgeschriebenen Formen gewahrt werden müssen. Es können sehr wohl Verhältnisse eintreten, wo alle Parteigenossen von den leitenden Männern an der Spitze ihrer Organisation ein schnelles und tatkräftiges Handeln erwarten, das sich nicht ängstlich an die vorgeschriebenen Formen bindet sondern den augenblicklichen Forderungen entsprechend das Notwendige schnell und kühn zur Ausführung bringt. Dann muss es sich aber um sehr wichtige Dinge handeln. Dass gerade bei dem Bericht der Landeskommission oder vielmehr ihres Ausschusses ein solches Nichtbinden an das Statut geboten war, wird man schwerlich behaupten können. Entschuldigen oder wenigstens begreiflich finden könnte man eine solche Verletzung der vorgeschriebenen Formen auch, wenn sie durch ungeheure Arbeitsbelastung hervorgerufen wäre. Es handelt sich ja um einen Bericht, der die Tätigkeit einer vielköpfigen Kommission während eines Zeitraums von 2 Jahren umfasst, und da wäre es denkbar, dass die Zusammenstellung so zeitraubend ist, dass sie beim besten Willen nicht früher beendet sein konnte. Wenn man sich aber den Bericht von im ganzen 11 Seiten, bei wohlwollender Berechnung von 12½ Seiten, ansieht, so wird man nicht auf den Gedanken kommen, dass dieser Grund hier vorgelegen hat.

Wenden wir uns nun zum Inhalt des Berichts, so muss gesagt werden, dass er über die Tätigkeit der Landeskommission ausserordentlich wenig enthält.

Sie hat Ende Oktober 1907 ihre erste Sitzung abgehalten, »die fast ausschliesslich von dem Gedanken beherrscht war den Wahlrechtskampf recht wirkungsvoll zu gestalten«. Es wäre jedoch sehr angebracht gewesen, wenn die Landeskommision von dieser ersten, gewissermassen konstituierenden Sitzung den Parteigenossen alsbald Kenntnis gegeben und ihnen ferner, was auch bisher nicht geschehen, bekannt gemacht hätte, aus welchen Mitgliedern die Landeskommision besteht. Es fanden dann noch am 18. Februar und am 3. April 1908 Sitzungen statt, bei denen über die Taktik beim Landtagswahlkampf beraten wurde. Als Zentralkomitee für die Wahlen fungierte entsprechend dem Beschluss des Mainzer Parteitags nicht die Kommission oder ihr Ausschuss sondern der deutsche Parteivorstand. Seit dem 3. April 1908 scheint die Landeskommision nicht mehr zusammengetreten zu sein, wenigstens ist in dem Bericht nicht mehr von ihr die Rede. Wenn von der preussischen Parteileitung gesprochen wird, so scheint damit der geschäftsführende Ausschuss gemeint zu sein. Wie wenig dieser seiner Aufgabe gewachsen gewesen ist, zeigt folgende Auslassung des Berichts:

»Die Propagierung speziell preussischer Angelegenheiten musste in der hierauf folgenden Zeit [naoh den Wahlen im Juni 1908] etwas zurücktreten, da damals zur Gewerbeordnungsnovelle und zu dem gewaltigen Raubzug auf die Taschen des Volkes in Versammlungen Stellung genommen werden musste.«

Die spezifische Aufgabe der preussischen Parteileitung ist ja die andauernde Beschaffung des notwendigen Materials zur Agitation in Preussen und zum Verständnis der preussischen Angelegenheiten. Die Genossen scheinen sich nicht ganz klar darüber zu sein, dass es sich hier um ganz andere Dinge handelt als bei den Angelegenheiten im Reich, und dass die Wichtigkeit dieser Angelegenheiten es verbietet sie jemals hinter die Reichsangelegenheiten zurücktreten zu lassen. Im Reich haben wir es vorzugsweise mit gesetzgeberischen Arbeiten zu tun, deren Verständnis dadurch erleichtert ist, dass die gesamte Geschichte des Reichs von unseren Genossen mit erlebt und mit durchlebt ist; schon bei der Gründung des Reichs hatten wir eine, wenn auch kleine Fraktion im Reichstag, so dass eine andauernde Mitarbeit bestanden hat. Ganz anders liegen die Dinge in Preussen. Die gesetzgeberische Arbeit im Abgeordnetenhaus hat zwar auch einen sehr bedeutenden Umfang, ist jedoch von ganz anderer Art; beispielsweise fällt die gesamte Strafgesetzgebung fort. Dagegen ist zu einer fruchtbringenden Tätigkeit im Abgeordnetenhaus eine genaue Kenntnis der preussischen Verwaltung und Verwaltungspraxis notwendig. Und diese ist für unsere Partei im grossen und ganzen immer noch eine *terra incognita*. Wie sehr dieses richtige Gefühl bei der näheren Beschäftigung mit der preussischen Politik an Macht gewinnt, geht auch aus den Ausführungen der Berliner Versammlungen hervor, die zum preussischen Parteitag Stellung nahmen. In der Versammlung des 3. Reichstagswahlkreises führte zum Beispiel Genosse Grunwald aus, der erste Grund für das unsichere Gefühl der Genossen, dass man sich über den weitem Weg nicht klar sei, liege in der Tatsache, dass uns der Kampf um das preussische Wahlrecht auf ein ganz neues Gebiet stelle. Und wenn im 1. Kreis aus der Versammlung heraus ein Antrag gestellt und angenommen wurde eine Zentralstelle für Materialiensammlung zur Unterstützung der Gemeindevertreter zu errichten, ebenso ein zweiter Antrag auf Schaffung einer Zentralstelle für die Bekämpfung rechtswidriger Massregeln der Verwaltungsbehörden, so ist auch das ein Zeichen für die wachsende Erkenntnis,

dass es sich hier um Materien handle, bei denen die Genossen noch viel zu lernen haben, und dass die preussische Parteileitung — wie immer sie auch beschaffen sein möge — eine Institution schaffen müsse, von der aus die notwendigsten Arbeiten fortdauernd geleistet würden. Man hat es eben in Preussen mit einem Staatsgebilde zu tun, in dem noch heute alle Reformen an die Reform des Freiherrn von Stein anknüpfen müssen, wo also eine genaue Kenntnis der seitdem verflossenen 100jährigen Verwaltungsgeschichte für ein fruchtbares Arbeiten notwendig ist. Diese Kenntnis in jeder Weise zu fördern muss eine der wesentlichsten Aufgaben der preussischen Parteileitung sein. Die Verwaltung Preussens ist auch als besonderer Punkt auf die Tagesordnung gesetzt, und Genosse Liebknecht wird darüber referieren. Dieses Referat ist eines der wichtigsten der ganzen Tagung. Es wird jedenfalls den Gegenstand gründlich beleuchten und zur Verbreitung seiner Kenntnis unter den Parteigenossen wesentlich beitragen.

Dass die Landeskommission und ihr geschäftsführender Ausschuss ihrer Aufgabe bisher nicht gerecht geworden sind, daraus kann ihren einzelnen Mitgliedern ein besonderer Vorwurf nicht gemacht werden; ihre Organisation ist eben derartig, dass die Erfüllung dieser Aufgabe unmöglich ist. Die Mehrheit des letzten preussischen Parteitags hat sich eben vor 2 Jahren getäuscht, als sie glaubte, bei dieser Organisation sei eine entschlosskräftige und entschiedene Führung der Geschäfte nicht nur möglich sondern sogar verbürgt. Etwas mehr als der Bericht erkennen lässt hätte freilich geschehen können. So vermisst man die Inangriffnahme einer Statistik der preussischen Landtagswahlen von 1908. Im Bericht wird gesagt, dass die Presse von der preussischen Parteileitung mit Agitationsmaterial versehen worden sei. In welchem Mass und Umfang das geschehen ist, entzieht sich meiner Beurteilung; die Redakteure, die auf dem Parteitag anwesend sein werden, werden vielleicht hierüber Auskunft geben können. Indes, das eine weiss ich, dass die *Preussenkorrespondenz*, die Genosse Dr. Südekum während des Landtagswahlkampfes herausgab, nur von den Provinzblättern in grossem Umfang benutzt, von der preussischen Parteileitung sowie von dem Zentralorgan der Partei während der ganzen Zeit ihres Bestehens vollständig ignoriert worden ist.

So ist also Rühmenswertes und Erfreuliches zu diesem Punkt der Tagesordnung des Parteitags nicht zu sagen. Anders steht es mit dem Punkt *Bericht der sozialdemokratischen Landtagsfraktion*. Der schriftlich vorliegende, sehr sorgfältig zusammengestellte Bericht legt von der umfangreichen und intensiven Tätigkeit unserer kleinen Fraktion im preussischen Abgeordnetenhaus Zeugnis ab. Das erfreulichste ist jedenfalls, dass dieser Punkt der Tagesordnung überhaupt möglich geworden ist: Er ist die erste greifbare und vor aller Augen liegende Frucht des Eingreifens der Sozialdemokratie bei den Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus. Die nächste Frucht kann nur ein Vorwärtsbringen der Frage sein, der der folgende Punkt der Tagesordnung gewidmet ist, der Frage, die das gesamte politische Leben beherrscht, und die von der Tagesordnung nicht mehr verschwinden kann: der Wahlrechtsfrage. In allen Versammlungen, die sich mit dem Parteitag beschäftigten, wurde sie mit Recht als die erste und wichtigste Frage bezeichnet, die im Vordergrund des Interesses steht. Aber Genosse Grunwald hatte ganz recht, wenn er in jener Versammlung ausführte, es scheine, als seien wir im Hinblick auf die

Kampfmittel zur Erringung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts an einen toten Punkt gelangt; das klinge aus den Versammlungen in Frankfurt, in Breslau usw. heraus. In allen Versammlungen war von der eventuellen Anwendung des Massenstreiks und von Strassendemonstrationen die Rede. So führte im 6. Berliner Wahlkreis Genosse Ledebour aus, es sei unsere Aufgabe die Wahlrechtsbewegung intensiver zu gestalten, sie durch Strassendemonstrationen vorwärts zu bringen; die Bewegung müsse sich zum politischen Massenstreik auswachsen. Aber in allen Versammlungen machten sich auch Stimmen geltend, die auf das Bedenkliche dieser Mittel hinwiesen; ich erinnere nur an die Ausführungen der Genossen Grunwald und Gehrman in der Versammlung des 3. Berliner Kreises, in der letzterer meinte: Gewiss müsse die Wahlrechtsfrage energisch propagiert werden, und wir als organisierte Arbeiter könnten uns auch über alle Kampfmittel unterhalten. Erwägen aber müsse man immer, »ob das tausendfache Elend, was eventuell geschaffen werden könnte, auch durch den Erfolg aufgewogen werde«. Auch ich meine, wir können derartige Mittel nicht nach Belieben anwenden. Man soll nicht von Dingen sprechen und namentlich nicht grosse Worte machen, wenn keine entsprechenden Taten dahinter stehen können; deshalb ist es geradezu ein Unfug in der gegenwärtigen Zeit von Massenstreik zu reden. In ganz Deutschland hat unsere Partei sich bemüht den Massenstreik nur für einen Tag, die Arbeitsruhe am 1. Mai, durchzuführen. Wer die Geschichte des 1. Mai kennt, wird es für überflüssig halten gegenwärtig innerhalb der sozialdemokratischen Partei den Massenstreik ernsthaft in Erwägung zu ziehen. Was die Strassendemonstrationen betrifft, so ist es ja *a limine* keineswegs ausgeschlossen, dass es noch zu grösseren kommt als wir sie bisher hatten. Das kann aber ein preussischer Parteitag im Januar des Jahres 1910 nicht beschliessen: Ob sich politische Situationen ergeben werden, in denen solche Demonstrationen angebracht sind, und in denen die Anregung zu ihnen gegeben werden soll, kann nicht im voraus entschieden werden, das muss aus der Lage des Augenblicks hervorgehen. Und diese Lage ist vor dem Wiedertzusammentreten des Landtags noch ganz ungewiss. Wir wissen noch nicht einmal, ob die preussische Regierung eine Änderung des Wahlrechts noch in diesem Jahr in Angriff nehmen will, oder ob sie mit der Möglichkeit einer weitem Verschiebung und Verschleppung rechnet. Nicht unmöglich, dass, wenn das letztere eintritt, die Erregung der Massen ins Ungeheure wächst, und gewaltige Strassendemonstrationen, die die Regierung zum Aufgeben eines solchen Standpunkts zwingen, die geeignete Antwort darauf bilden werden. Indes, wie gesagt, die Entscheidung darüber fällt nicht auf dem Preussentag.

Der nächste wichtige Punkt der Tagesordnung lautet *Das Kommunalprogramm für Preussen*. Wenn man die gesamte Tagesordnung betrachtet, wird man wohl ohne weiteres zugeben, dass sie etwas reichlich erscheint. Mehrfach ist in den Versammlungen, die zum Parteitag Stellung nahmen, dieser Gedanke ausgesprochen worden. Das Geheimnis aller politischen Erfolge liegt nach einem treffenden Ausspruch Lassalles in der Konzentrierung des politischen Kampfes auf einen Punkt. Von dieser Wahrheit zeigt sich der Parteitag nicht durchdrungen, wenn er einen erheblichen Teil seiner Zeit auf die Erörterung des vorgelegten Programmwurfs verwendet. Den Auftrag zur Ausarbeitung eines solchen Entwurfs hat der Programmkommission nicht der vorige Parteitag sondern eine Gemeindevertreterkonferenz erteilt. Es würde

